

D-11 Gerechtigkeit für Lorenz - Polizeireformen jetzt!

Gremium: Oldenburg Stadt
Beschlussdatum: 01.05.2025
Tagesordnungspunkt: #9 Dringlichkeitsanträge

Antragstext

1 Am frühen Ostersonntag wurde der 21-Jährige Lorenz in der Oldenburger Innenstadt
2 von einem Polizisten mit drei Schüssen von hinten getötet. Wir sind erschüttert,
3 dass ein Sohn dieser Stadt auf diese Weise sein Leben verloren hat. Viele
4 Schwarze Menschen und People of Color sind ebenfalls schockiert, aber
5 keinesfalls überrascht. Für sie sind Polizeigewalt und Rassismus trauriger Teil
6 des Lebens in Deutschland. Wir wollen uns nicht daran gewöhnen, wir können das
7 nicht hinnehmen!

8 Das Mindeste ist jetzt die lückenlose Aufklärung jener Nacht. Es fällt jedoch
9 schwer, den Ermittlungen zu vertrauen. Sie werden geführt von der
10 Polizeiinspektion aus der Nachbarstadt Delmenhorst. Man kennt sich, man geht
11 zusammen auf Fortbildungen. Vor vier Jahren war es die Polizeiinspektion
12 Oldenburg, die gegen die Delmenhorster Kollegen ermittelte, nachdem dort der 19-
13 Jährige Qosay Khalaf in Polizeigewahrsam kollabierte und starb. Die Ermittlungen
14 wurden ohne Anklage eingestellt.

15 Dem Vertrauen schadet außerdem, dass die Bodycams der Oldenburger Polizist*innen
16 ausgeschaltet waren. Wie praktisch, dass diese Kameras scheinbar immer laufen,
17 wenn Polizist*innen angegangen werden, aber nie, wenn Polizeigewalt aufgeklärt
18 werden muss.

19 Keine Ausreden mehr, Daniela Behrens!

20 Im Koalitionsvertrag steht: "Wir werden dafür sorgen, dass sich auch in Zukunft
21 alle Menschen in Niedersachsen auf diesen Staat verlassen können." Gerade sehen
22 wir, dass ein Teil der Bevölkerung sich verständlicherweise nicht mehr auf
23 diesen Staat verlassen kann. Sie haben alles Recht dazu, diese Gefühle zu haben
24 und wir dürfen sie ihnen nicht absprechen. Vielmehr ist es unsere Aufgabe dafür
25 zu sorgen, dieses Vertrauen zurückzugewinnen. Wir dürfen nicht wegschauen und
26 auch nicht von Einzelfällen reden. Was es jetzt braucht sind echte Konsequenzen,
27 die wirklich für mehr Sicherheit sorgen. Hierbei sehen wir insbesondere
28 Innenministerin Daniela Behrens in der Verantwortung, die in den letzten zwei
29 Jahren viel zu wenig getan hat.

30 So tragisch und emotional aufgeheizt die Stimmung gerade auch ist, sollten
31 Polizist*innen nicht in ihren täglichen Aufgaben beleidigt werden. So ein
32 Verhalten spaltet nur und lenkt von strukturellen Reformen ab.
33 Diese braucht es seit Jahren dringend, unabhängig vom genauen Hergang in
34 Oldenburg, der sich erst in den kommenden Wochen rekonstruieren lässt. Die
35 Polizei hat eine besondere Stellung in der Gesellschaft, dieser Stellung muss
36 sie gerecht werden. Neben konsequenter Entfernung rechter Uniformträger*innen
37 aus dem Dienst braucht es endlich strukturelle Reformen!

38 Sofort-Maßnahmen umsetzen, Vertrauen schaffen

39 Sofort umsetzbar und längst überfällig sind folgende Maßnahmen in Niedersachsen,
40 um einen Teil des verlorenen Vertrauens wiederherzustellen:

- 41 1. Einführung einer*eines niedersächsischen Polizeibeauftragten, auch als
42 Beschwerdestelle für Betroffene von Diskriminierung durch Polizist*innen.
43 Diese*r
44 muss mit umfassenden Kompetenzen wie in Rheinland-Pfalz ausgestattet werden.
45 Das steht bereits im Koalitionsvertrag und darf jetzt nicht länger verzögert
46 werden!
- 47 2. Eine unabhängige Ermittlungsstelle, die gegen Polizist*innen ermittelt.
48 Polizist*innen aus Nachbarorten kennen sich und decken sich im Zweifelsfall
49 gegenseitig. Nur die Kontrolle von außen durch eine weisungsungebundene
50 Taskforce nach dem Vorbild in skandinavischen Ländern kann Vertrauen schaffen.
- 51 3. Alle Polizeieinheiten mit Bodycams ausstatten, die im Bereitschaftsbetrieb
52 die
53 letzten 30 Sekunden aufzeichnen. Die Bodycams müssen automatisch auslösen,
54 wenn zum Beispiel das Holster geöffnet wird und angeschaltet werden, wenn
55 Betroffene es verlangen. Nur so kann sichergestellt werden, dass auch in
56 Stresssituationen die Aufnahme läuft. Auch das steht im Koalitionsvertrag und
57 muss
58 jetzt endlich umgesetzt werden!
- 59 4. Lehren aus der Studie zu Rassismus in der Polizeipraxis von Astrid Jacobsen
60 und Jens Bergmann ziehen! In der Studie wurden 12 Diskriminierungsrisiken
61 ausgemacht, mit diesen müssen sich Polizei und Politik jetzt intensiv
62 auseinandersetzen. Eine dringende Sofort-Maßnahme ist es, auf das falsche
63 Konzept der sogenannten "Clankriminalität" zu verzichten. Die Studie zeigt, dass
64 das Konzept rassistisch ist und zu falschen Ermittlungsergebnissen führt.
- 65 Weitere Maßnahmen für mehr Sicherheit und Vertrauen
66 Darüber hinaus müssen folgende Maßnahmen innerhalb der nächsten 12 Monate
67 begonnen
68 und innerhalb von 2 Jahren abgeschlossen werden:
- 69 ● Ein Ticketsystem für Kontrollen bei dem Ort, Zeit, Polizist*in und Anlass der
70 Kontrolle festgehalten werden, um Racial Profiling zu erfassen und dagegen
71 vorgehen zu können. Als Sofort-Maßnahme sollte eine Modellprojekt für ein
72 Ticketsystem eingeleitet werden.
 - 73 ● Eine umfassende Polizeireform: Polizist*innen sollten viel stärker mit bspw.
74 Sozialarbeiter*innen und Psycholog*innen zusammenarbeiten. Daneben muss die
75 Supervision in der alltäglichen Polizeiarbeit gestärkt werden, nicht nur nach
76 problematischen Einsätzen.
 - 77 ● Streifen ohne Schusswaffen: Wie beispielsweise in Großbritannien üblich
78 sollten nur noch spezialisierte Polizist*innen eine Schusswaffe führen. Viele
79 Streifen brauchen diese nicht.
 - 80 ● Anonymisierte Kennzeichnungspflicht in geschlossenen Einsätzen, um Fälle von
81 Polizeigewalt zuordnen zu können. Staatliches Handeln, auch problematisches,
82 muss zugeordnet werden können!
 - 83 ● Ausbildung an staatlichen Hochschulen statt an isolierten Akademien und
84 stärkerer Fokus in der Ausbildung auf Deeskalation, Umgang mit psychischen
85 Ausnahmesituationen und Sensibilisierung für Diskriminierung.
- 86 Alle diese Forderungen werden von zahlreichen Kriminolog*innen geteilt. Nur
87 durch diese

88 Maßnahmen kann Vertrauen in die Polizei zurückgewonnen werden. Nur so kann die
89 traurige Reihe von Namen durchbrochen werden, die Opfer von Polizeigewalt
90 geworden
91 sind.

Begründung

erfolgt mündlich